

Antrag auf Annahme einer Entschließung

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion

Argumente des Abgeordnetenhauses von Berlin zum Volksentscheid „Neue Energie für Berlin“

Das Abgeordnetenhaus wolle als Stellungnahme zum Volksentscheid „Neue Energie für Berlin“ im Sinne von § 32, Absatz (4) Berliner Abstimmungsgesetz beschließen:

Stimmen Sie mit JA! – Für ein starkes kommunales Stadtwerk und eine sichere und bezahlbare Energieversorgung!

Wir wollen ein Stadtwerk, das erneuerbare Energien ausbaut und beim Energiesparen hilft. Ziel ist, langfristig Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu produzieren und zu vertreiben. Berlin ist mehr als andere Bundesländer von Kohle, Öl und Gas abhängig. Aber diese Rohstoffe sind begrenzt, werden deshalb langfristig immer teurer und sind durch CO₂-Ausstoß klimaschädlich. Die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien durch Wind, Sonne und Erdwärme ist nicht nur ökologisch geboten, sondern auch unter sozialen Gesichtspunkten sinnvoll, denn Wind, Sonne und Erdwärme sind als Rohstoffe kostenlos. Bereits heute führt der gestiegene Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland zu sinkenden Börsenpreisen für Strom. Nur: Die großen, marktbeherrschenden Unternehmen wie Vattenfall geben diese gesunkenen Preise nicht an die Verbraucher weiter. Eine wichtige Aufgabe des Stadtwerkes ist die Senkung des Energieverbrauchs, es soll in Energiesparmaßnahmen und Energieeffizienz investieren. Geringerer Energieverbrauch – das sind geringere Energiekosten für Verbraucher und Verbraucherinnen, und das ist gut für die Umwelt.

Stimmen Sie mit JA! – Weil das Berliner Stromnetz nicht in den Händen des Vattenfall-Konzerns bleiben soll!

Vattenfall ist einer der großen Energiekonzerne, die die Energiewende bekämpfen. Vattenfall verklagt die Bundesrepublik und damit uns alle auf Schadensersatz in Milliardenhöhe für den Atomausstieg. Vattenfall produziert und verkauft in Berlin mehr Strom als alle Wettbewerber zusammen. Wir meinen: Wer eine solche Marktmacht hat, darf nicht das Monopol über den Stromnetzbetrieb behalten. Im nächsten Jahr fällt die Entscheidung, wer das Berliner Stromnetz für die nächsten 20 Jahre betreibt. Zwar fällt diese Entscheidung in einem gesetzlich geregelten Verfahren (Konzessionsverfahren), aber ein nur ein erfolgreicher Volksentscheid kann deutlich machen, dass die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner beim Netzbetrieb eine Lösung ablehnt, mit der Vattenfall das Netz weiter gehört und Berlin als Mitgesellschafter am Katzentisch sitzt. Das Stromnetz gehört in die Hand der Berlinerinnen und Berliner. Denn die Stromnetze sind wichtig für das Gelingen der Energiewende, weil mit dem Umstieg auf erneuerbare und dezentrale Energieversorgung auch neue Anforderungen an die Netzinfrastruktur verbunden sind. Die Sonne scheint nicht immer, und der Wind weht nicht immer gleich stark. Die Netze müssen für die Aufnahme dieser wechselnden Energieflüsse ertüchtigt werden. Großkonzerne wie Vattenfall haben dagegen das Interesse, vor allem den Absatz aus ihren alten Großkraftwerken zu sichern. Die Entscheidungen über den notwendigen Umbau der Netze dürfen nicht dem privatwirtschaftlichen Renditeinteresse eines einzelnen Großkonzerns überlassen werden, sondern müssen im Gemeinwohlinteresse erfolgen.

Stimmen Sie mit JA! – Für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Berlin!

Ein Stadtwerk, das in dezentrale Energien, in Energieeinsparung und Energieeffizienz investiert, schafft Arbeitsplätze in regionalen Unternehmen. Klimafreundliche Blockheizkraftwerke, Solaranlagen, Wärmepumpen etc. werden von Handwerkerinnen und Handwerkern aus der Region installiert. Statt Gewinne aus Stromproduktion und -vertrieb und dem Netzbetrieb wie gegenwärtig an Vattenfall in Schweden zu transferieren, könnten sie dann für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region eingesetzt werden.

Vattenfall dagegen plant gegenwärtig den Abbau von 1300 Arbeitsplätzen in Deutschland. Dagegen sieht der Gesetzentwurf vor, dass bei einer Übernahme des Stromnetzes die Arbeitsplätze und tarifliche Bedingungen garantiert werden.

Stimmen Sie mit JA! – Damit öffentliche Unternehmen transparenter und demokratischer werden!

Stadtwerk und Berliner Netzgesellschaft sollen neue Möglichkeiten der Bürgernähe und Bürgerkontrolle bieten. Aus der Vergangenheit wissen wir, dass die Aufsicht über öffentliche Unternehmen nicht immer gut funktioniert hat, Unternehmensentscheidungen für Bürgerinnen und Bürger häufig nicht nachvollziehbar waren. Andere Städte wie z.B. Paris haben begonnen, neue Modelle für die Führung und Beaufsichtigung öffentlicher Unternehmen zu erproben. Direkte Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats durch die Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Rechenschaftslegung auf Bürgerversammlungen sind Formen der direkten demokratischen Einflussnahme, die es verdienen, erprobt zu werden. Das Abgeordnetenhaus wird nach zwei Jahren überprüfen, ob sich diese neuen Formen der Beteiligung bewährt haben oder andere Formen demokratischer Kontrolle erfolgversprechender sind. Weitere Formen der direkten bürgerschaftlichen Einflussnahme bestehen in der Kooperation mit Genossenschaften wie z.B. der Genossenschaft „BürgerEnergie Berlin“.

Stimmen Sie mit JA! – Weil die Argumente der Gegner für ein Nein nicht stichhaltig sind!

Natürlich gibt es mächtige Interessen, die einen Erfolg des Volksentscheids verhindern wollen. Allein Vattenfall hat viele Millionen in eine Werbekampagne dagegen gesteckt. Aber die Argumente, die die Gegner vorbringen, gehen fehl:

Ein Rückkauf der Netze ist wirtschaftlich rentabel. Denn nach der geltenden Rechtslage bemisst sich der Kaufpreis für das Netz nach dem sogenannten „Ertragswert“. Dieser kann durch die Überschüsse des Netzbetriebs finanziert werden. In Hunderten von Kommunen in Deutschland wurde dies schon erfolgreich vorgemacht.

In Hamburg wurde erfolgreich eine Stadtwerk „Hamburg Energie“ gegründet, und in kurzer Zeit wurden mehr als 100.000 Kunden versorgt. Berlin hat hier sogar noch bessere Voraussetzungen: Allein auf den Berliner Stadtgütern in Brandenburg können wir Wind- und Sonnenstrom für 100.000 Haushalte produzieren, die Berliner Stadtreinigung könnte mit dem im Müllheizkraftwerk Ruhleben erzeugten Dampf noch einmal 100.000 Haushalte mit Strom versorgen.

Der Senat hatte den Gesetzentwurf geprüft und ihn für rechtlich zulässig erklärt. Sollte der Senat sich geirrt haben, so würden wie bei jedem anderen Gesetz die Gerichte eine Änderung der entsprechenden Bestimmungen verlangen. Rechtliche Einwände, die jetzt erhoben werden, dienen der Verunsicherung und sollen davon ablenken, dass ein Volksentscheid immer eine Richtungsentscheidung ist.

Lassen Sie sich durch die Gegenkampagne von Vattenfall und anderen interessierten Gruppen nicht beirren. Gehen Sie am 3. November zur Abstimmung oder nutzen Sie die Möglichkeit der Briefwahl. Das Ergebnis des Volksentscheids ist nur verbindlich, wenn rund 625.000 Menschen mit „Ja“ für den Gesetzentwurf des Volksbegehrens stimmen. Helfen Sie mit, dass sich viele Berlinerinnen und Berliner an der Abstimmung beteiligen und werben Sie für ein JA zum Gesetzentwurf.

Berlin, den 28. August 2013

Pop Kapek Schäfer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf H. Wolf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Spies Herberg Mayer
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion